

365. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 21. März 2016, 19:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Wälti Martin (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
2. Vizepräsident	Hauser Adrian (BDP)
1. Stimmzähler	Christensen Sven (FDP)
2. Stimmzählerin	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Mitglieder	Kohler Walter (BDP) Läderach Christof (BDP) Walther-Steiner Erika (BDP)
	Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Müller Bernhard (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Utiger Heinz (EVP)
	Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP) Kämpfer Erwin (FDP) Kölliker Lenka (FDP) Maccaferri-Iseli Barbara (FDP) Messerli Gregor (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Suter Michael (FDP)
	Graf Stefan (GLP) Jorio Marco (GLP) Jorio Nicola (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP) Bernhard Niklaus (SVP) Kohli Stephan (SVP) Wälti Sandra (SVP) Zbinden Rudolf (SVP)
	Cavargna Tiziano (SP) Federer Guido (SP)

Fröhlich Viktor (SP)
Gränicher Marius (SP)
Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)
Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)
Nydegger Stefan (SP)
Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)

Abwesend Hirsbrunner Bruno (SVP)
 Stucki Simon (SVP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
 Hauser Ernst
 Lädrach Markus
 Leiser Thomas
 Masciadri Monica
 Moser Christoph
 Wermuth Bruno

Abteilungsleitende Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung
 Reusser Christian, Gemeindeschreiber
 Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
 Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Bergmann Christa, Lernende Präsidialabteilung
 Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 15. Februar 2016: Genehmigung
3. Prüfauftrag des Grossen Gemeinderates an die Aufsichtskommission der Gemeinde Worb; Ergebnisse Prüfbericht Kaderselektion und Personalführung: Kenntnisnahme
4. Neubau Multifunktionsplatz Stärnematt: Kreditbewilligung
5. Regionales Kompetenzzentrum; Austritt aus dem Gemeindeverband: Genehmigung
6. Parlamentarische Vorstösse:
 - 6.1 Postulat der SP-Fraktion betreffend Allgemeine Schulwegsicherheit in der Gemeinde
 - 6.2 Neueingänge

Traktandenliste

Ratspräsident Wälti Martin: Guten Abend miteinander. Ich möchte alle recht herzlich zur zweiten GGR-Sitzung im Jahr 2016 begrüssen. Speziell begrüssen möchte ich die vollbesetzte Tribüne mit den Besucherinnen und Besuchern, was mich sehr freut. Ein besonderer Gruss gilt unserem neuen Ratsmitglied, Bernhard Müller, von der EVP-Fraktion. Es wurde ein dringliches Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel „Weg frei für ein starkes Worber Zentrum“ eingereicht. Der Vorstoss wurde vor Sitzungsbeginn verteilt. Es geht heute Abend nur darum die Frage der Dringlichkeit zu beantworten.

Suter Michael, FDP: Verkehrsmässig läuft in Worb derzeit und demnächst einiges. Die FDP setzt sich wirklich nachdrücklich für ein lebendiges, wirtschaftliches, aktives Worber Zentrum und Dorf ein. Wir wollen sicherstellen, dass wirklich alles unternommen wird, dass die vorliegenden und jetzt geplanten Projekte sinnvoll im Gesamtrahmen koordiniert werden. Insbesondere was die Parkplätze usw. angeht. Wir wollen, dass der Gemeinderat eine Plattform bietet, dass die privaten Bauherren diese Projekte koordinieren können und dass man so Synergien nutzen kann, welche am Schluss dem ganzen Dorf zu Gute kommen. Wir wollen, dass dies sofort passiert. Nicht so, dass wir wie bei der Stärnematte einfach am Schluss wieder mit einer einzigen alternativlosen Variante dastehen. Deshalb bitte ich um die Unterstützung der Dringlichkeit.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Wir haben diesen Vorstoss im Gemeinderat selbstverständlich noch nicht behandeln können. Trotzdem erlaube ich mir eine Bemerkung. Wenn hier gefordert wird, dass eine neue Zufahrt für das Bärenparking zum Beispiel über die geplante Überbauung auf dem Liechti-Areal führen soll, dann weise ich hier doch gerne darauf hin, dass die betreffende Teilüberbauungsordnung K6 im Februar 2016, also im letzten Monat, aufgelegt wurde. Ich habe dies in der letzten GGR-Sitzung unter den Mitteilungen entsprechend erwähnt. Das Anliegen, eine Zufahrt über die geplante Überbauung auf dem Liechti-Areal zu führen, hätte man spätestens im Rahmen dieser Auflage einbringen müssen. Mittlerweile ist die öffentliche Auflage aber abgeschlossen. Wir sind schon an den Einspracheverhandlungen und wir werden die Überbauungsordnung im Gemeinderat so bald als möglich genehmigen lassen. Also dieses Anliegen ist fast nicht mehr umzusetzen.

Fröhlich Viktor, SP: Wir haben den Vorstoss relativ spät erhalten. Wir haben uns noch kurz darüber unterhalten. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Wir stehen noch am Anfang und viele Fragen sind noch offen. Zum Beispiel die Frage wegen dem Bären-Karussell und die Frage wegen der Stärnematte. Und jetzt schon etwas bauen, wie ein Parkleitsystem, finden wir zu früh. Für uns ist diese Dringlichkeit nicht gegeben.

Beschluss zur Dringlichkeit des Postulates der FDP-Fraktion betreffend Weg frei für ein starkes Worber Zentrum:

Die Dringlichkeit wird mit 20 zu 17 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	1	2013/17-257	143	12/0/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Ich habe heute Abend zwei Orientierungen. Das Erste betrifft die Zukunft von Rüfenacht. Der Gemeinderat hat sich im zweiten Semester vom Jahr 2015 im Rahmen von zwei Klausuren vertieft mit der Zukunft von Rüfenacht auseinandergesetzt. Am 4. Februar 2016 haben wir im Chalet Rüfenacht die Medien im Rahmen eines Medienapéros über die Resultate dieser Arbeit informiert. Aus durchaus verständlichen Gründen sind nicht alle Teile unserer Arbeit den Medien abgebildet worden. Ich erlaube mir deshalb, dieses Thema auch hier im GGR noch kurz aufzugreifen. Der Gemeinderat hat im Rahmen dieser Klausuren die heutige Situation von Rüfenacht analysiert und hat die wichtigsten Probleme eingegrenzt, mit denen Rüfenacht derzeit spezifisch konfrontiert wird. In den Bereichen Planung, Infrastruktur, Wirtschaft, Verkehr, Versorgung und Kommunikation hat der Gemeinderat eine ganze Reihe von Aufgabenschwerpunkten für Rüfenacht formuliert und anschliessend für jeden Aufgabenschwerpunkt längerfristige, strategische Ziele festgesetzt und dazu auch die erforderlichen Massnahmen ausgearbeitet. Wir haben euch das Blatt mit dieser strategischen Planung zu Rüfenacht auf den Tisch gelegt. Auch wenn ich jetzt darauf verzichte, dieses Blatt im Detail zu erläutern, seht ihr doch die verschiedenen Aufgabenschwerpunkte zu Rüfenacht, die formulierten strategischen Ziele und schliesslich auch die entsprechenden vorgesehenen Massnahmen. Ebenfalls angegeben ist das Departement, welches diese Massnahmen bearbeiten wird. Ihr werdet den einzelnen Massnahmen im Rahmen von der Behandlung der jeweiligen Vorschau in den kommenden Jahren etwa wieder begegnen. Die Departementsvorsteher werden diese entsprechend aufnehmen, wenn sie es für richtig halten, diese zu bearbeiten. Das zu dem vorliegenden Blatt. Das Zweite betrifft die Ortsplanungsrevision. Ende letztes Jahr ist die Mitwirkung vorbei gegangen. Es sind gesamthaft 145 Stellungnahmen eingereicht worden. Das ist ganz eine erfreulich hohe Zahl von Personen, die sich daran beteiligt haben. Ich verzichte aber darauf, diese Mitwirkung hier zu präsentieren. Wir machen dies im Rahmen eines Mitwirkungsberichts, der jetzt aber noch nicht fertiggestellt ist. Ich gehe gerne darauf ein, wieso wir noch etwas Zeit benötigen. Eine Reihe der Mitwirkenden hat nämlich zusätzlich zum ausgefüllten Fragebogen noch weitere planerische Anliegen eingebracht. Sachen, die sie selber betreffen. Wir bearbeiten die verschiedenen Anliegen mit den betroffenen Personen, insbesondere natürlich auch mit den Grundeigentümern, diese Angelegenheiten in einem Gespräch zu erörtern. Die ausgearbeiteten Reaktionen auf all diese Anliegen werden anschliessend selbstverständlich im Mitwirkungsbericht festgehalten. Zudem müssen in den Unterlagen und auch für die kantonale Vorprüfung auch diese Änderungen eingearbeitet werden. Das braucht erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit. Wir werden den Mitwirkungsbericht und auch die Unterlagen für die kantonale Vorprüfung auf unserer Website aufschalten, sobald sie vom Gemeinderat verabschiedet sind.

Protokoll der Sitzung vom 15. Februar 2016: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	2	2013/17-258	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Prüfauftrag des Grossen Gemeinderates an die Aufsichtskommission der Gemeinde Worb;

Ergebnisse Prüfbericht Kaderselektion und Personalführung: Kenntnissnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	3	2013/17-259	1247	12/0/0

Detailberatung

Graf Stefan, ASK: Am 7. September 2015 hat der GGR der Aufsichtskommission den Auftrag erteilt, die Kaderselektion und die Personalführung in der Gemeindeverwaltung zu untersuchen. Der Prüfauftrag basiert auf einer Motion der SP-Fraktion. Diese hat Fragen zu den genannten Themen enthalten. Die Aufsichtskommission hat in einem ersten Schritt die gestellten Fragen an den Gemeinderat weitergeleitet. Fristgerecht hat der Gemeinderat zuhanden der Aufsichtskommission Stellung genommen. In einem zweiten Schritt hat die Aufsichtskommission die Antworten des Gemeinderates ausgewertet. Daraus haben sich weitere Fragen ergeben. Eine Arbeitsgruppe der Aufsichtskommission hat dann im Dezember 2015 diese Fragen mit dem Gemeindepräsidenten und dem Gemeindeschreiber eingehend besprochen. Die Zusammenarbeit war offen und konstruktiv. Der Aufsichtskommission wurde eine ausführliche Dokumentation abgegeben und Einblick in alle gewünschten Unterlagen gewährt. Für die Kaderselektion und die Personalführung existieren klare und in der Praxis erprobte Prozesse. Die untersuchten Anstellungsverfahren erschienen uns fair und nachvollziehbar. Zwei Anstellungen von Kaderpositionen in den letzten Monaten haben wir speziell untersucht. Ich betone, die Aufsichtskommission hat die Verfahren und Prozesse untersucht und nicht die Qualifikation der Kandidatinnen und den Kandidaten. In den gut dokumentierten Anstellungsverfahren konnte die Aufsichtskommission keine wesentlichen Fehler oder Unterlassungen feststellen. Die Aufsichtskommission gibt in ihrem Bericht Empfehlungen ab. Das soll nicht heissen, dass damit keine Fehler mehr passieren können, selbst wenn alle Empfehlungen der Aufsichtskommission umgesetzt werden. Das Vorgehen der Aufsichtskommission, die Resultate der Prüfung und die Empfehlungen sind im Prüfbericht dokumentiert. Ihr habt ihn mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung erhalten. Die Aufsichtskommission beantragt dem GGR, den Prüfbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich danke der Aufsichtskommission im Namen des Gemeinderates bestens für den vorliegenden, guten und umfassenden Bericht zur Kaderselektion und zur Personalführung. Wir haben den offenen Dialog mit der Auf-

sichtskommission im Rahmen der Ausarbeitung des Berichtes sehr geschätzt und bedanken uns herzlich für die gute Zusammenarbeit. Der Gemeinderat ist gerne bereit die Empfehlungen der Aufsichtskommission gemäss Kapitel sechs des vorliegenden Berichts im Sinne einer laufenden Verbesserung von Kaderselektion und Personalführung zu prüfen.

Messerli Gregor, FDP: Ich habe mich natürlich auf diesen Bericht der Aufsichtskommission gefreut. Es geht hier um ein Thema, das mich auch beruflich jeden Tag beschäftigt. Ich nehme gerne kurz Stellung zu diesem Bericht der Aufsichtskommission. Es freut mich, dass die Aufsichtskommission herausgefunden hat, dass in der Gemeinde Worb offensichtlich keine Fehler im Vorgehen, in der Anwendung der Instrumente bei der Kaderselektion bestehen. Bei der Durchführung hingegen besteht offensichtlich noch etwas Handlungsbedarf. Man hat bei einer Anstellung identifiziert, dass man diese Anstellung vollzogen hat, obwohl noch Unklarheiten vorhanden sind. Dort könnte man sich tatsächlich fragen, ob dies mit Zusatzmassnahmen, zum Beispiel Referenzen einholen oder irgendetwas in der Art, verhindert werden könnte. Aber Hand aufs Herz, bei der Rekrutierung geht es auch immer um ein Risikogeschäft. Und deshalb gibt es auch Probezeit. Es ist einfach so, dass eine Anstellung nicht immer funktioniert, aus welchen Gründen auch immer. Genau für diesen Fall soll man eben diese Probezeit nutzen, und wenn es sein muss, eine Person auch wieder entlassen. Auch der Kandidat oder die Kandidatin kann sich in dieser Zeit entscheiden, ob sein oder ihr Entscheid auch richtig gewesen war. Es ist auch kein grosses Drama, wenn es einmal zu einer Trennung kommt. Zu den Empfehlungen der Aufsichtskommission möchte ich auch noch etwas sagen. Ich finde es grundsätzlich richtig, dass wir ein externes Büro beiziehen, sei es einen Headhunter oder eher ein Personalvermittlungsbüro. Dies ist natürlich auch eine Kostenfrage, je nachdem welche Dienstleistung effektiv gefordert wird. Aber es ist richtig, dass dies zur Anwendung kommt. Nicht jede Person ist schliesslich Personalchef. Dies ist eine Fachspezialität, bei welcher es ein Knowhow braucht. Ich finde es richtig, dass wenn das Knowhow, diese Kompetenz, nicht vor Ort ist, dass man sich das einkauft. Es ist am Ende günstiger, als wenn es immer wieder zu Fehlbesetzungen kommt. Zudem gibt es bei einem Headhunter eine Garantieleistung. Wenn eine Anstellung erfolglos war, stellt der Headhunter oder der Personalvermittler gratis eine Nachfolgeanstellung bereit. Hingegen finde ich den Wechsel vom externen Büro eher unglücklich. Diese Empfehlung würde ich nicht realisieren. Ich gehe davon aus, dass wir auf Abteilungsleiterstufe nicht so viele Anstellungen haben. Es ist auch für die externe Person sehr wichtig, dass er die Gemeinde kennt und weiss, wie sie funktioniert und was für Personen in dieser Gemeinde arbeiten. Seien wir ehrlich, wenn es da immer wieder Wechsel gibt, dann kommt dieser Tiefgang, welchen es für dieses Geschäft braucht, gar nie zu Stande. Deshalb würde ich vor zu vielen Wechsel eher warnen. Und zum Vorschlag eine Personalvertretung bei der Kaderselektion beiziehen. Mein Gott, wir sind Arbeitgeber und eine Anstellung ist nicht eine Sache der Arbeitnehmer, sondern Sache der Arbeitgeber. Und zwar nur vom Arbeitgeber. Für mich ist klar, dass eine Personalvertretung andere wichtige Aufgaben zu tun hat und sie bei einer Personalanstellung sicher nicht beigezogen werden muss. Vor allem nicht im Kaderbereich. Auch dass eine Meinung beim Team eingeholt werden soll, das muss man sich gut überlegen. Diese Erfahrungen habe ich auch schon gemacht. Es soll gut überlegt sein, ob die Meinung vom Team eingeholt werden soll. Denn wenn ihr als Chef jemanden anstellen wollt, der gut qualifiziert ist und dann geht ihr zum Team und das Team findet diese Person aber nicht so gut. Was macht ihr dann? Hört ihr auf das Team oder seid ihr eben Arbeitgeber und stellt die Person trotzdem an? Ich würde diesem Konflikt aus dem Weg gehen. Wenn ihr es gut vorbereitet habt, stellt ihr die Person an, auch ohne dass ihr die Meinung vom Team eingeholt habt. Ebenfalls ist es pure Administration, einen Reviewbericht über die sämtlichen Selektionsverfahren der letzten Jahre zu verfassen und daraus Lehren zu ziehen. Sinnvoller ist ein Debriefing direkt nach dem Anstellungsverfahren. Was lief gut und was nicht. Aber da wieder Administration zu generie-

ren, welche allenfalls ein bisschen Managementattention hat, sind wir ehrlich, diese Zeit könnten wir für andere Tätigkeiten benützen. Noch kurz etwas zu der Personalführung, auch dies wird angesprochen. Ich bin ein bisschen erstaunt darüber, dass der Gemeindepräsident den ganzen Mbo-Prozess (Management by Objectives) selber führt. Das heisst, er macht die Zielsetzung und Zielbeurteilung selber. Dort wäre es für mich zwingend, dass der Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin aktiv in diesen Prozess eingebunden wird. Kritisch finde ich auch, dass die Dokumentation von den Vorgesetztenbeurteilungen anonymisiert zusammengeführt werden soll. Dies dürfte wahrscheinlich schwierig sein, da das Ergebnis ab einer bestimmten Zahl transparenter ist. Es ist klar ersichtlich, von welchem Abteilungsleiter welche Rückmeldung kommt. Ich würde dringend darauf verzichten, weil hier der Persönlichkeitsschutz deutlich vorgeht. Allenfalls könnte man dies natürlich zusammenfassen und ein bis zwei Punkte herausnehmen, welche für die ganze Gemeinde relevant sein können. Dies könnte allenfalls bei vorhandenen Schwächen angewendet werden, welche man verbessern möchte.

Kohli Stefan, SVP: Wir von der SVP möchten der Aufsichtskommission für diesen Bericht danken. Ebenso Niklaus Gfeller und Christian Reusser für ihre kooperative Zusammenarbeit. Ich möchte mich dem Votum von Gregor Messerli anschliessen. Anstellungen sind mit einem gewissen Risiko verbunden und man versucht sicher immer, das Beste herauszuholen. Wir haben uns noch ein paar Gedanken zu den sechs Monaten Probezeit gemacht. Existiert dazu ein kommunaler Erlass? Wir sind auch der Meinung, dass öfters Referenzen bei früheren Arbeitgebern angefragt werden sollten.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Auch die SP dankt der Aufsichtskommission ganz herzlich für das Erstellen des Berichtes und das Prüfen dieser Sache. Wir haben einen super Bericht erhalten, merci. Wir sind aber immer noch der Meinung, dass der Departementsleiter eigentlich im Gesamten zu wenig in die Anstellungen der Abteilungsleiter einbezogen wird. Auch wir, wie es der Gregor gesagt hat, erachten es als zwingend, dass der Departementsleiter bei den Anstellungen von den Abteilungsleiter dabei ist. Wir denken, dass der Departementsleiter sein Departement kennt. Er weiss, welche Personen in diesem Departement arbeiten und wen es braucht, um diese Abteilung zu führen. Wir möchten bei den Empfehlungen noch eine Zusatzempfehlung abgeben. Wir möchten, dass der zuständige Gemeinderat an dem Mitarbeitergespräch zwingend anwesend ist. Wie es Gregor schon gesagt hat, sind wir der Meinung, dass es nicht sein kann, dass der Gemeindepräsident die Zielsetzungen und Beurteilung selber macht. Während des ganzen Jahres ist dem Abteilungsleiter eigentlich der Departementsleiter der Chef. Wir möchten noch vom Gemeindepräsident wissen, was er aus diesem Bericht von diesen Empfehlungen mitnimmt und was er gedenkt, in der Praxis umzusetzen.

Kohler Walter, BDP: Wir von der BDP können nur ein Dankeschön an die Aufsichtskommission und dem Ausschuss unter der Leitung von Stefan Graf aussprechen. Wir finden auch, dass es ein sehr ausführlicher, klarer und verständlicher Bericht ist, welcher uns vorgelegt wurde. Wir haben auch gesehen, dass das Vorgehen in der Gemeinde für die Kaderselektion ein System hat und dass es wenig fehlerhaft ist. Trotzdem, wie schon mehrfach erwähnt, gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Wir finden auch den Hinweis betreffend professionellere Begleitung wie externe Berater, Tests oder Bewertungsverfahren sinnvoll und können dies begrüssen. Wir haben aber auch festgestellt, dass es wahrscheinlich kein Allerheilmittel gibt. Und zwar in keinem Punkt. Auch in der Privatwirtschaft ist es selten der Fall, dass man beim Stellenbesetzungsverfahren immer oder fast immer erfolgreich ist. Wir finden das Ergebnis wirklich erfreulich, befriedigend und aus unserer Sicht vor allem beruhigend, dass nicht alles so ganz falsch lief, wie es in den Medien vielleicht dargestellt

wurde. Aus diesem Grund gehört dem Gemeinderat ein Dankeschön. Wir haben festgestellt, dass die Selektion tatsächlich manchmal auch im Auswahlverfahren stattfindet.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich habe noch Fragen zu beantworten. Die Probezeit von sechs Monaten ist im kantonalen Personalrecht geregelt. Das kantonale Recht sieht vor, dass man maximal eine Probezeit von sechs Monaten einräumen kann. Wir machen es so, dass wir im konkreten Arbeitsvertrag festhalten, wie lange die Probezeit im Einzelfall ist. Dies ist ein Teil vom Arbeitsvertrag, welchen wir mit dem Arbeitnehmer abschliessen. Anschliessend wurden die Referenzen erwähnt. Referenzen werden immer eingeholt, in jedem Fall haben wir Referenzen eingeholt. Referenzen einholen können wir bei jenen Personen, welche uns die Kandidaten angeben. Klar hat man auch schon gesagt, dass wir noch ein paar Namen mehr möchten, es reicht uns noch nicht. Aber letztlich müssen wir uns an diese Namen halten, welche uns gegeben werden. Ich kann nicht einfach irgendwelche Personen anrufen und um Auskunft über jene und jene Person verlangen. Das geht so nicht. Anschliessend wurde von Sandra Büchel gefragt, wie wir vom Gemeinderat auf diese Empfehlungen eingehen werden. Ich habe es bereits gesagt, wir sind bereit, die aufgelisteten Empfehlungen der Aufsichtskommission zu prüfen. Wir sind immer bereit, im Sinne einer Verbesserung der Kaderselektion und Personalführung unsere Abläufe auch zu überarbeiten. Der Gemeinderat hat sich jedoch bis jetzt noch nicht damit auseinandergesetzt.

Beschluss:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Ergebnisbericht in Sachen Prüfauftrag Kaderselektion und Personalführung der Aufsichtskommission.

Neubau Multifunktionsplatz Stärnematt: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	4	2013/17-260	1305	33/20/2

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Maccaferri-Iseli Barbara, GPK: Die Ausgangslage zum Neubau Multifunktionsplatz Stärnematt ist in der Botschaft umfassend umschrieben. Die detaillierte Beantwortung von den im Vorfeld durch die Geschäftsprüfungskommission an die Bauabteilung gestellten Fragen wird sehr begrüsst und bestens verdankt. Ich erwähne sie in meinem Votum. Ein Landerwerb durch die Gemeinde Worb wurde von dem Grundeigentümer abgelehnt. Der Dienstbarkeitsvertrag über die Errichtung des Baurechts für die Dauer von 15 Jahren bis am 31. Mai 2031 zu einem jährlichen Baurechtszins von CHF 10'660.- wurde am 12. Februar 2016 öffentlich beurkundet. Nach Rückfrage bei der Gemeinde ist das Vorgehen, dass der Leiter der Bauabteilung die Verschreibung durchführt, üblich und zulässig. Unter dem Vorbehalt natürlich, dass die Genehmigung durch die Gemeinde Worb beziehungsweise durch den Gemeinderat erfolgt. Für den Abschluss des Dienstbarkeitsvertrages mit dem Grundeigentümer ist nach Artikel 57b der Gemeindeverfassung der Gemeinderat zuständig. Die

Übernahme der Mattenstrasse durch die Gemeinde Worb wurde bereits seit längerem mit einer Landerwerbsvereinbarung festgelegt, weil der Zugang zum Notausgang des Tunnels Spange Süd durch die Mattenstrasse erschlossen wird. Dies stellt ein unabhängiges Geschäft dar und steht nicht in einer sachlichen Beziehung zum Multifunktionsplatz Stärnematt. Somit können beide Geschäfte getrennt behandelt werden. Das Geschäft wurde im Finanzplan nicht berücksichtigt, weil es sich um ein nicht geplantes Geschäft handelt. Die geplanten Investitionskosten sind nachvollziehbar und genügend begründet. Die jährlichen Folgekosten sind erwähnt. Die in der Botschaft erwähnten Kosteneinsparungen für Minderleistungen von rund CHF 25'000.- sind gemäss Auskunft der Bauabteilung bereits in den Investitionskosten einberechnet weil diese auch bei einer geringfügigen bis mittleren Verzögerung zum Tragen kommen können. Mögliche Einsparungen bei einer gleichzeitigen Ausführung durch einen einzigen Unternehmer sind nicht einberechnet. Rückbaukosten sind in den Investitionskosten gemäss Auskunft der Bauabteilung nicht einberechnet, beziehungsweise nicht berechnet worden. Das Areal Stärnematt ist gemäss Zonenplan Siedlung bereits seit mehr als 20 Jahren in der Zone für öffentliche Nutzung zugewiesen, der ZöN. In Artikel 50 vom Baureglement sind die kommunalen Vorschriften für die ZöN definiert. In Bezug auf eine Nutzung ist eine mögliche Zwischenlösung eine sekundäre Nutzung durch das Militär möglich. Gemäss Bauabteilung wurde dies beim Regierungsstatthalteramt mit einer entsprechenden Voranfrage eingereicht. Deshalb frage ich an die Bauverwaltung, ob der Regierungsstatthalter in der Zwischenzeit diese Voranfrage beantwortet hat? Bei einer Etappierung der Bauarbeiten betreffend Dreiklang sollte eine Teilnutzung vom Kiesplatz durch das Militär noch möglich sein unter der Bedingung, dass eine Zufahrt gewährleistet werden kann. Dieses Geschäft steht unter einem gewissen Zeitdruck, sodass die vorgesehenen Massnahmen zeitrecht ausgeführt werden können. Wir haben uns gefragt, wie sie die Einschränkungen der Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Bezug auf die Zufahrt vom Multifunktionsplatz regelt. Insbesondere dürfte ein Poller eine grosse Einschränkung bedeuten. Die Frage, wer abschliessend entscheidet, wann dieser Multifunktionsplatz als Parkplatz geöffnet wird, wie die Regelung vorgesehen, beziehungsweise organisiert ist, wurde von der Bauverwaltung wie folgt beantwortet: Die Freigabe erfolgt durch die Polizeiabteilung aufgrund eines Gesuches und in enger Absprache mit den Bewirtschaftern vom Areal Wislepark. Die Benützung ist gebührenpflichtig, abschliessend verantwortlich ist entsprechend die Leiterin der Polizeiabteilung. Die Botschaft informiert umfassend über dieses Geschäft und der Sachverhalt wird gut erklärt. Die Geschäftsprüfungskommission hat dieses Geschäft ohne politische Wertungen materiell prüft. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat, für den Neubau Multifunktionsplatz Stärnematt einen Verpflichtungskredit von CHF 282'000.- zu bewilligen.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Multifunktionsplatz Stärnematt. Bevor mir nun verschiedene Fraktionssprecher um die Ohren schlagen, wie schlecht diese Lösung sei und wie dumm der Gemeinderat handle, wenn er zuerst den Verkehr beruhige und ihn dann wieder ins Dorf hinein ziehe, möchte ich vorausschicken, dass dieser Ort Stärnematt, so wie es die GPK-Sprecherin gesagt hat, zur Zeit die einzige Parzelle ist, die eine solche Nutzung zulässt. Es ist eine ZöN. Alles andere ist kurz- oder mittelfristig nicht realisierbar. Auch die verschiedenen Pläne B, C und D können aufgrund der abgelehnten Ortsplanung nicht realisiert werden. Auch dem Gemeinderat ist es bewusst, dass diese Lösung nicht das Optimum ist. Dass die Anwohner ganz sicher nicht begeistert sind, das verstehe ich absolut. Aber, ich habe es schon gesagt, es gibt keine andere Lösung, die wir so schnell realisieren können. Zudem haben wir ja den Notnagel. Dieser Vertrag wurde mit dem Grundeigentümer für 15 Jahre abgeschlossen. Dies gibt uns die Chance, die ganze Situation immer wieder neu zu beurteilen und eventuell zu ändern. Wenn wir schon, wie ich vor Kurzem gelesen habe, Schwung in Worb zu bringen, müssen wir auch bereit sein, eine bestimmte Menge Verkehr ins Dorf lassen zu gehen. Ich habe bewusst gesagt, ins Dorf hinein und nicht Durchgangsverkehr.

Oder habt ihr das Gefühl, zum Beispiel der Bärenplatz, könne man ohne Verkehr beleben? Die Verkehrsplaner gehen davon aus, dass auf der Stärnematt, wenn sie als Verkehrsplatz genutzt wird, maximal 500 Bewegungen stattfinden. Das heisst 250 Zu- und Wegfahrten. Ich finde, diese Zahl ist bei 120 Parkplätzen plausibel. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass durch diese veränderte Parkplatzsituation bei der Hofmatt die Attraktivität der Zivilschutzanlage und der Betrieb vom Wislepark nicht untergraben oder sogar gefährdet wird. Auf die finanziellen Auswirkungen bei den militärischen Belegungen habe ich bereits im letzten Geschäft, bei der letzten GGR-Sitzung darauf hingewiesen. Die Zahlen sind im Protokoll festgehalten. Das Projekt wird in der Geschäftsvorlage umschrieben und mit einem Grundrissplan auch gut dokumentiert. Darauf muss ich nicht eingehen. Wichtig dabei ist das Bewirtschaftungskonzept. Dieser Multifunktionsplatz ist grundsätzlich gesperrt. Die Freigabe erfolgt über die Gemeindeverwaltung, respektive über die Polizeiabteilung. Dieser Platz ist mit den Autos nicht öffentlich zugänglich. Klar werden wir Fussgänger mit Hunden haben. Das heisst, wir müssen auch Robidogs hinstellen. Der Zugang erfolgt über die Bern- respektive Mattenstrasse und nach der Umgestaltung der Bernstrasse werden beide Strassen mit Tempo 30 belegt. Dass auf einer 4,50 Meter breiten Strasse, auf der Mattenstrasse, nicht zwei Lastwagen kreuzen können, ist glaube ich, jedem klar. Dass bei Materialanlieferungen mit Behinderungen gerechnet werden muss, ist schon heute so. Und dies ist nicht der einzige Ort. Ich möchte nur an Münsingen erinnern. Bei der Thunstrasse werden zwei Mal pro Woche Autos angeliefert mit grossen Lastwagen. Währendem ist die Hälfte der Hauptstrasse gesperrt. Um den zeitlichen Ablauf mit dem Kanton zu optimieren, das heisst, der Bauinstallationsplatz muss nicht 100% zurückgebaut werden, es findet keine Aufhumanisierung statt, wodurch wir Geld sparen können, die GPK-Sprecherin hat es bereits erwähnt. Aber wir können uns keine grosse Verzögerung erlauben. Deshalb hat der Gemeinderat den Antrag gestellt, dass ihr diesem Verpflichtungskredit zustimmt. Jetzt noch zwei Schlussbemerkungen. Die Voranfrage hat natürlich schon vor dem Bearbeiten von diesem Projekt stattgefunden. Diese wurde auch mündlich beantwortet. Und zwar, dass in dieser ZöN eine militärische Nutzung möglich ist. Zweitens, ich habe es bereits zwei bis drei Mal erwähnt, fanden mit Vertretern der Migros verschiedene Gespräche statt, welche durch die Polizeiabteilung geführt wurden. Von der Migros haben wir die mündliche Zusage, dass wir diese Parkanlage nach den Öffnungszeiten benützen dürfen. Die Vereinbarung ist aber noch nicht abgeschlossen, diese müssen wir noch abschliessen.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Auch für die EVP-Fraktion entsteht vor allem während der Bauphase vom Dreiklang um die Hofmatt sicher ein Parkplatzmangel. Erstens benötigen wir wirklich einen Ersatz für die wegfallenden öffentlichen Parkplätze. Zusätzliche Einstellhallenplätze wären zwar eine Option gewesen. Aber die hohen Kosten, welche die Einstellhallenplätze verursachen, sind momentan mit der finanziellen Situation der Gemeinde nicht tragbar. Zweitens benötigen wir sowieso für das Militär Parkplätze im Freien. Wie wir es bereits gehört haben, kommt für dieses Vorhaben einzig das Areal Stärnematt infrage. Es ist wirklich die einzige Parzelle, die sich in der Zone für öffentliche Nutzung befindet. Sie wurde seinerzeit bewusst so eingezont, sei es für später das Schwimmbad zu vergrössern oder eben für einen solchen Multifunktionsplatz zu erstellen. Dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft Land in einer Zone befindet, das vielleicht einmal für öffentliche Zwecke verwendet werden kann, müsste den zugezogenen Anwohnern eigentlich bekannt gewesen sein. Wie es so ist, man nimmt dies zur Kenntnis, rechnet aber nicht mit der Umsetzung. Und dann trifft es dann plötzlich doch zu. Das ist gleich wie bei mir Zuhause. Unser Sitzplatz schaut direkt gegen ein weiteres eingezontes Bauland aus. Wenn dort jemand bauen kommen will, haben wir dies eben gewusst. Aber die EVP ist mit dieser Lösung nicht wirklich glücklich. Die zusätzlichen Verkehrs- und Lärmbelastungen für die betroffenen Anwohner sehen wir wirklich als schwierig an, die Zufahrt über die Mattenstrasse als nicht ideal. Wir sind deshalb froh, dass diese Strasse

saniert und bei neuen Gegebenheiten angepasst wird. Das Militär wird ein Teil vom Platz während der Zeit von ca. fünf Wiederholungskursen belegen. Dies sind ca. 15 Wochen im Jahr. Jetzt könnte man sagen, wir verzichten halt auf das Militär. Dies könnten wir aber auch nicht verantworten, weil die Vermietung der Zivilschutzanlage der Gemeinde jährlich immerhin Einnahmen von fast CHF 100'000.- generiert. Was noch fast wichtiger ist, auch die Geschäfte und Restaurants im Dorf haben eine zusätzliche bedeutende Verdienstmöglichkeit. Als entlastend erachten wir, dass der Platz für die Öffentlichkeit nur während den Spitzenzeiten von der Eisbahn, der Badi oder für Anlässe geöffnet werden soll. Ansonsten bleibt der Platz gesperrt, wie wir es vorhin von Ernst Hauser gehört haben. Für uns ist allerdings noch unklar, wie oft es diese Spitzenzeiten geben wird. Wir bitten deshalb die zuständige Bewilligungsbehörde schon heute, die Freigabe des Platzes wirklich auf ein Minimum zu begrenzen. Damit dies möglich wird, müssen die Verhandlungen mit der Migros und Coop möglichst bald zu positiven Abschlüssen gelangen, damit wenigstens während den einkaufsfreien Zeiten möglichst auf diese Einstellhallenplätze zurückgegriffen werden kann. Eine weitere Parkmöglichkeit besteht beim Park + Ride beim RBS-Bahnhof. Alle Strecken zum Wislepark erscheinen uns zu Fuss zumutbar. Dazu kommt noch der öffentliche Verkehr. Einzig für die Eishockeyspieler, welche sehr viel und vor allem schweres Gepäck haben, schlagen wir ein paar reservierte Parkplätze direkt neben dem Wislepark vor. Um die Parkplatzsuche in Worb zu erleichtern, ist möglichst schnell die Idee nach einem Parkleitsystem weiterzuverfolgen und auch umzusetzen. So könnten alle zur Verfügung stehenden freien Parkmöglichkeiten zielstrebig angefahren werden. Die EVP wird dem Kredit für die Stärnematt mit einem mulmigen Gefühl zustimmen. Aber wir sehen im Moment tatsächlich keine andere Möglichkeit. Wir erwarten aber vom Gemeinderat, dass nach langfristigen Lösungen gesucht wird, damit dieser Platz im günstigsten Fall bereits nach der Bauphase wieder aufgehoben werden kann.

Jorio Nicola, GLP: Die GLP-Fraktion lehnt diese Kreditbewilligung zum Neubau vom Multifunktionsplatz Stärnematt aus folgenden drei Gründen ab. Erstens setzen wir uns für die Verdichtung statt für die Zersiedelung ein. Mit einem Bau von einem Parkplatz mit einer Nutzungsdauer von über 15 Jahren ist die Chance gross, dass die Grünfläche bei der Stärnematt für immer verschwindet. Renaturierungsprojekte haben es immer schwierig, wenn sie nicht wie der Hochwasserschutz durch Kanton oder Bund aufgebrummt oder mit einem grossen finanziellen Anreiz verbunden sind. Zudem macht es für uns keinen Sinn, dass zusätzlicher Verkehr durch eine verkehrsberuhigte Zone geleitet wird. Zweitens: Wie die GLP immer bei den Debatten zur Finanzplanung und dem Jahrbudget sagt, hat die Gemeinde Worb nicht nur ein Einnahme-, sondern auch ein Ausgabeproblem. Mit dem vorliegenden Bauvorhaben werden weitere Ausgaben von mehr als CHF 20'000.- pro Jahr ausgelöst. Erst im Mai 2014 haben wir hier im Parlament über Spar- und Verzichtsmassnahmen diskutiert. Die meisten Einsparungen wurden im Kultur- oder Bildungsbereich getätigt, welche weit tiefer sind als die Beträge, die wir heute eigentlich freigeben wollen. Für uns macht es keinen Sinn, mit einem Bauprojekt alle vor gut zwei Jahren getätigten Einsparungen zu vernichten. Solange eigentlich die finanzielle Situation der Gemeinde Worb nicht besser ist, sollte man auf solche nicht nachhaltige Bauprojekte verzichten. Drittens: In der Dokumentation wird klar erläutert, dass der Neubau insbesondere für die Bauphase von rund zwei Jahren des Dreiklangs benötigt wird. Da erachten wir eine Übergangslösung, welche für 15 Jahre geplant ist, als absolut unverhältnismässig. Berechnet man mittels einer klassischen Investitionsrechnung ganz grob unter Berücksichtigung der Investitionskosten, den Einnahmen über zwei Jahre für die Zivilschutzanlage vom Militär, sowie die Renaturierungskosten, wenn es abgebaut wird, macht diese Investition für die Gemeinde absolut keinen Sinn. Zum Schluss möchten wir noch sagen, dass wir alles andere als glücklich über das Timing dieses Geschäftes sind. Die Ausschreibung im Amtsanzeiger ist getätigt worden bevor die Kreditgenehmigung im Gemeinderat war. Zudem ist der Baubeginn des Projekts Dreiklang immer noch unklar.

Weiter wurde noch nicht alles unternommen, um die bestehenden Parkplätze optimal auszunützen. Wir sind der Meinung, dass die knappen personellen Ressourcen der Verwaltung, aber auch vom Gemeinderat, für nachhaltige Projekte investiert werden sollten, welche nachhaltig sind und nicht weiterhin mit Hauruckübungen das Parlament und sich selber beschäftigen.

Federer Guido, SP: Der Gemeinderat sagt zwar, dass schon frühzeitig Überlegungen gemacht wurden, mit welchen Massnahmen die Bedingungen für den Wislepark verbessert werden können. Wenn dem so wäre, müssten die Kosten für die Stärnematt aus unserer Sicht auch in der Finanzplanung enthalten sein. Dies sind sie jedoch nicht. Stattdessen wird das Parlament darauf hingewiesen, dass wenn es Verzögerungen gibt, der Synergieeffekt mit dem Kanton nicht mehr genutzt werden kann. Ganz nach dem Motto: „Wenn wir nicht zustimmen, tragen wir die Schuld, wenn es teurer wird“. Kurz: Aus unserer Sicht ist der Multifunktionsplatz Stärnematt ein Schnellschuss. Warum? Die neue Ortsplanung setzt statt auf Einzonung auf die innere Verdichtung. Eine Stossrichtung, wie ich es letztes Mal schon gesagt habe, die die SP vollumfänglich unterstützt. Die Errichtung vom neuen Parkplatz an einer bestens durch den ÖV erschlossenen Lage widerspricht dieser Strategie diametral. Die Erschliessung erfolgt, wie wir es auch schon gehört haben, über die Bernstrasse, welche verkehrsberuhigt ist, auf die sehr schmale Mattenstrasse. Die Breite der Mattenstrasse beträgt beim Gasthof Sternen 5,70 Meter, links und rechts durch Mauern begrenzt und im Bereich der Liegenschaft Hawo 3,70 Meter. Wenn man bedenkt, dass diese Strasse auch für Fussgänger von den Häusern der Anwohner und von den Besuchern zumindest ein Stück weit genutzt werden sollte, ist dies für uns ganz eine schlechte Situation. Aus unserer Sicht müsste man deshalb mindestens vorne und hinten eine Ampel aufstellen, sodass nur Einbahnverkehr möglich wäre. Zudem wird in den nächsten Jahren der Zugang in der Bernstrasse durch verschiedene Baustellen wie die Sanierungen der Bernstrasse, der Leitungen und der Umgestaltung massgeblich erschwert. Die Bereitstellung der Parkplätze während der Bauphase vom Dreiklang ist aus unserer Sicht primär die Sache des Bauherrn. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde für dies ohne eine Kostenbeteiligung vom Projektant bezahlen muss. Nochmals zu den Kosten vom Multifunktionsplatz. CHF 280'000.- tönt nicht nach sehr viel Geld. Es ist aber aus unserer Sicht nur die halbe Wahrheit. In der Aufstellung fehlen aus unserer Sicht verschiedene Kosten. Erstens erscheint der Platz keinen Unterhalt zu haben, weil diesbezüglich nichts enthalten ist, zum Beispiel die Gesuchsbewilligung, die Reinigung etc. Die Beleuchtung fehlt mit dem Hinweis auf eine spätere Nachrüstungsmöglichkeit. Wenn der Platz auch am Abend benützt werden soll, wird dieser sehr dunkel sein und bietet vom Sicherheitsaspekt her auch keine guten Parkmöglichkeiten. Wir denken, dass eine permanente Beleuchtung zwingend eingerechnet werden muss. Nach 15 Jahren muss der Multifunktionsplatz wieder zurückgebaut werden oder die Gemeinde müsste ihn kaufen. Und diese Kosten sind ebenfalls nicht enthalten. Noch ein paar Worte zum Militär. Die rund CHF 100'000.-, welche die Gemeinde vom Militär jährlich einnimmt, werden einfach als gegeben dargestellt. Es besteht mit dem Militär jedoch kein Vertrag. Es ist nichts gesichert, auch der Ertrag nicht. Eine Aussage aus der Sonntagszeitung anfangs dieses Jahr kann dies folgendermassen zeigen. Dort stand: „Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird die Schweizer Armee im Laufe dieses Jahres zum Grenzschutz aufgeboden.“ Diese Aussage bezieht sich auf dieses Jahr und man hat bereits Dienstpläne von rund 7'000 Soldaten über das Jahr verteilt entsprechend angepasst. Das heisst, dass die Soldaten ihren Dienst eher in Grenznähe machen werden und nicht mehr in Worb. Dieses Beispiel zeigt auch, wie schnell sich die Lage ändern kann und Worb als Standort nicht mehr so gefragt sein werden kann. Was wir in der Botschaft insbesondere auch vermissen, sind Auswertungen zu Alternativstandorten. Es wird einfach gesagt, es sei die einzige Fläche und dies haben wir zu glauben. Da erwarten wir deutlich mehr, als was hier aufgezeigt wird. Dieser temporären Lösung zuzustimmen wäre für uns auch deutlich einfacher, wenn wir die Überzeugung hätten, dass man längerfristig eine bessere Lösung sucht und dies auch aktiv macht.

Entsprechende Lösungen müssten von uns aus gesehen auch schon heute vorliegen, damit sie noch in die neue Ortsplanung einfließen hätten können. Aber anstelle diese Arbeit zu machen, zementiert, oder besser gesagt teert man jetzt schon eine Lösung, welche nicht gut ist. Aus diesen Gründen lehnt die SP die Kreditgenehmigung für die Stärnematt ab. Wir haben unsere Lösung eigentlich schon letztes Mal dargestellt, bei welcher mehr Parkplätze bereitgestellt hätte, welche am richtigen Ort sind. Wir haben schon damals gesagt, dass die Stärnematt aus unserer Sicht eine schlechte Lösung ist.

Christensen Sven, FDP: Dieses Wochenende war der Parkplatz wieder einmal voll. Dies ist eigentlich gut so, weil etwas läuft in Worb. Wir bedanken uns hier beim OK und bei den Helfern vom Treichle Cup, dass genau solche Anlässe in Worb durchgeführt werden. Dies brauchen wir. Vielen Dank. Genau aus solchen Anlässen und Gründen braucht es diesen Multifunktionsplatz. Wo gehen wir sonst hin mit den Cars? Wo gehen wir hin mit den Leuten? Aber trotzdem haben wir von der FDP noch ein paar Warum-Fragen. Wir haben es gehört, dieser ganze Zeitdruck. Wir haben vor sechs Monaten eine Interpellation eingereicht. Heute reden wir eigentlich darüber, über eine Lösung und haben auch Kosten dazu. Was uns auch verwundert, wieso wir nicht mehr vom Wislepark nicht mehr zu dieser ganzen Parkplatzproblematik hören. Warum kommt von dieser Seite nichts? Warum sind die Gespräche mit der Migros und mit dem Bärenzentrum noch nicht erfolgreich beendet? Ich meine dieses Geschäft, diese Problematik ist schon lange klar. Warum wurde dieser Multifunktionsplatz nicht budgetiert? Auch hier: Man hat schon lange gesehen, dass man einen Ersatzparkplatz benötigt. Warum wurde die Nutzung vom Militär noch nicht schriftlich gesichert? Warum soll der Platz grundsätzlich abgesperrt sein? Auch dies mit den Spitzenzeiten. Wie wir dies handhaben wollen, erachten wir eher als schwierig. Ich denke, es ist sowieso so, dass man zuerst in nah beim Wislepark parkiert und erst danach schaue ich, wo es weitere Parkplätze hat. Und ich denke, dies mit den reservierten Parkplätzen für die Eishockeyspieler wird schwierig. Mein Kind spielt Eishockey und ich weiss nicht genau, wie dies funktionieren sollte. Wir sind der Meinung, dass man das gratis Parkieren auf maximal eine Stunde reduzieren könnte. Auch hier, denke ich, könnte man durch diese Regelung die Anzahl an Personen, welche parkieren kommen, reduzieren. Warum sollen die Parkfelder nicht grob markiert werden? Dadurch könnte ein wildes Parkieren verringert werden. Warum gibt es nur einen Kandelaber? Für sicheres Parkieren benötigt es mehr Licht. Warum sind die Kosten für den Rückbau nicht budgetiert worden? Warum sind auch die Einnahmen von den Ticketverkäufen nicht budgetiert worden? Das waren viele Fragen nach dem Warum, genau gesagt zehn. Eigentlich viel zu viele, um ein solches Geschäft annehmen zu können. Für die Anwohner selber fordern wir von der FDP, dass der Platz sicher nicht den Baustellenbetrieb genutzt wird. Wir fordern auch, dass die Dreiklang Hofmatt die versprochenen Parkplätze auch während der Bauzeit immer sicherstellt für die Bevölkerung. Und wir fordern, dass die militärische Nutzung der Zivilschutzanlage sichergestellt wird. Dies sind CHF 100'000.-. Wie es damit weitergeht wissen wir nicht, aber im Moment sind sie vorhanden. Trotz diesen vielen Warum-Fragen und offenen Punkten, müssen wir handeln. Eine Rückweisung funktioniert zeitlich nicht mehr. Schade, dass wir so spät sind. Deshalb werden wir diesem Verpflichtungskredit zustimmen. Wir weisen aber nochmals auf den Punkt 3.4 dieser Botschaft hin. Wir hätten jetzt genug Zeit, nach Lösungen zu suchen und Lösungen weiterzuentwickeln. Also suchen wir doch jetzt nach Lösungen und nicht erst kurz vor Ablauf in 15 Jahren.

Bernhard Niklaus, SVP: Es ist relativ viel gesagt worden. Und die vielen Gäste auf der Tribüne werden wahrscheinlich die meisten Anwohner der Stärnematt sein, das tut mir leid für euch. Ihr hattet über Jahre diesen Lärm von der Verkehrssanierung und jetzt müsst ihr schon vor dem nächsten Lärm Angst haben. Wahrscheinlich gibt es im Moment aber keinen anderen Platz, welchen wir

als Armee-Parkplatz brauchen können. Hoffentlich nutzt die Armee dies auch noch eine Weile, so dass ein Einkommen für die Gemeinde gesichert ist. Nun wurde sehr viel gesprochen, dies muss ich nicht mehr alles wiederholen. Ich hoffe einfach, dass dies dort nicht ein Geisterviertel gibt. Das mit der Beleuchtung ist ein sehr wichtiges Argument. Oder soll der Sicherheitsdienst mit Taschenlampen für Licht sorgen? Für Sicherheit braucht es dort eine schlichte Beleuchtung, und zwar auf dem ganzen Platz und im Weiteren einen Zaun. Wann der Parkplatz geöffnet wird, wird sich zeigen. Ich denke nicht, dass Frau Geser dann immer da steht und den Platz manuell öffnet. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Kredit zu.

Läderach Christof, BDP: Aus folgenden Punkten wird die BDP-Fraktion dieser Kreditbewilligung zustimmen. 15 Jahre sind eine sinnvolle und planbare Variante. Planbar, weil auch schon für nach dem Ablauf der Dauer geplant werden kann. Der Standort liegt zentral. Es macht keinen Sinn, diese Parkplätze nach Worb SBB zu verlegen und zu hoffen, dieser Parkplatz wird dann auch benützt. Oder wollen wir gleichzeitig einen Shuttle-Betrieb einrichten? Auf Bedürfnis vom Militär muss Rücksicht genommen werden. Denn beim Wegbleiben werden unserer Gemeinde Einnahmen fehlen und was man auch vergisst, zusätzlicher Aufwand entsteht. Die finanzielle Belastung verglichen mit zusätzlichen Etagen in Parkhäusern, ist besser tragbar. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass der Gemeinderat Alternativen geprüft hat und uns die momentan bestmögliche Lösung vorschlägt und je nach Baubeginn vom Dreiklang die Zeit einfach langsam drängt. Ein weiterer Punkt ist auch, dass uns die Alternative von den Gegnern gänzlich fehlt. Synergien mit dem jetzigen Installationsplatz können kostensparend genutzt werden. Die Belastung, verglichen mit der heutigen Situation, auch für Anwohner, ist aus unserer Sicht sicher tragbar. Die Durchfahrtsbreite, ich dachte zwar immer, es sei eine vier Meter breite Strasse, aber es wurde heute gesagt 3,70 Meter, ist grösser als die Zufahrt in neu erstellte Industriegebieten, welche tagtäglich von 40 Tonnen schweren Lastwagen befahren werden. Wer es nicht glaubt, soll den Meter nehmen und dies in Hettiswil, Zollikofen, Münchenbuchsee und Belp besichtigen und messen. Das Parkplatzleitsystem mit der Migros und Coop ist trotzdem als erste Variante als Ziel. Aus all diesen Überlegungen wird die BDP-Fraktion diesem Kredit zustimmen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Es tut mir leid, eigentlich wollte ich nicht nochmals nach vorne kommen. Aber es macht mich einfach wieder wütend. Es macht mich wütend, weshalb die FDP mit so vielen Warum-Fragen diesem Geschäft zustimmen kann. Ich bin jetzt schon überzeugt und ich könnte es euch also auch schriftlich geben, dass es nicht ein Jahr gehen wird, bis wir über einen ersten Nachkredit für dieses Geschäft abstimmen werden. Es macht mich auch wütend, wenn ich höre, dass dieses Geschäft lange geplant wurde. Christa Kühn-Blank hat, ich glaube dies war im Dezember, eine einfache Anfrage gestellt. Dort hiess es, dass noch gar nichts von einem Sterneplatz bekannt ist. Da hatte man noch keine Ahnung gehabt von gar nichts. Und heute ist es eine Sache, die bereits fix ist. Dies finde ich einfach jenseits. Die Lösung mit Coop und Migros wird nun als Wunderlösung dargestellt. Ich möchte nur betonen, dass die Migros vom Samstag ab 17.00 Uhr bis am Sonntagabend geschlossen hat. Nur in diesen Zeiten kann der Parkplatz genutzt werden. Ich möchte auch betonen, wenn die Migros 25x Cumulus-Punkte gibt, dass der ganze Hofmatt-Parkplatz besetzt ist von den Migros-Besuchern und nicht von den Badi-Besuchern. Dies wird sich wahrscheinlich auch nicht ändern. Und ich glaube auch nicht, dass diese Besucher in die RBS parkieren gehen. Vielleicht hat dann Coop auch nicht Freude, wenn die Kunden der Migros dort sind. Zudem muss ich gerade noch etwas sagen zum Militär. Das Militär ist im Moment die heilige Kuh. Wir Worber müssen schauen, dass es dem Militär gut geht. Für mich ist halt schon die Frage, für wen wir schauen müssen. Berücksichtigen wir die Worber Bevölkerung, dass es den Personen gut geht,

oder müssen wir schauen, dass das Militär gut beherbergt ist, obwohl wir noch nicht einmal wissen, ob es nächstes Jahr noch da ist.

Cavargna Tiziano, SP: Es ist spontan, ich habe wahrscheinlich meine Probezeit als GGR-Mitglied noch nicht bestanden. Aber wenn man das betrachtet, ein Geschäft mit so vielen Nachteilen, so vielen Minus und einigen Plus, muss man auch mutig entscheiden können, dass wir das nicht annehmen. Das ist unsere Meinung und es ist vielleicht eine Chance, dass dadurch eine neue Lösung entsteht. Da glaube ich daran. Auch wenn vielleicht alle Gesetze dagegen sprechen. Es ist kein Schlagwort, aber ich denke an die Flüchtlingsproblematik. Es wäre vielleicht auch eine Aufgabe einer Gemeinde wie Worb, Platz für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Dies könnte man wohl, auch wenn provisorisch, vorübergehend in dieser Zivilschutzanlage. Dann sind vielleicht andere Gründe also menschliche, tiefere Gründe, wenn wir dies gegenüberstellen, möchten wir einmal diese Zivilschutzanlage Leuten, die kein Dach über dem Kopf haben, zur Verfügung stellen. Oder möchten wir es aus praktischen Gründen, fast aus Bequemlichkeit, weiter so vermieten? Dies sind auch Überlegungen, die hier Platz haben sollten und darum bin ich froh, dass wir von der SP-Fraktion das Geschäft ablehnen.

Messerli Gregor, FDP: Aufgrund der sehr spannenden Voten beantrage ich einen Sitzungsunterbruch.

Beschluss zum Antrag der FDP-Fraktion auf einen Sitzungsunterbruch:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

(Ratspräsident Wälti Martin gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 20.40 – 20.50 Uhr. Die Protokollführerin.)

Ratspräsident Wälti Martin: Wir sind immer noch bei den Voten der GGR-Mitglieder. Es besteht die Vorgabe, dass bei diesem Geschäft eine Person der jeweiligen Fraktion nur einmal sprechen darf.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Es muss uns bewusst sein, dass wenn wir verschiedene andere Standorte hätten, wäre ich der Erste, der diese hervorheben und zeigen würde. Es ist eine Tatsache, dass wir keine Alternativen haben. Wir haben nicht Spatz und Taube. Wir haben nur den Spatz. Für mich ist es wichtig zu betonen, dass wir nicht die Armee unterstützen wollen. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Worb stärken und unterstützen. Die Armee ist für uns ein Wirtschaftsfaktor. Denkt zum Beispiel an die Wäsche, welche das Altersheim für die Armee wäscht. All dies würde ohne den Standort fehlen. Oder erkundigt euch mal beim Gewerbe, wie viel Geld die Personen vom Militär einbringen, wenn diese essen oder trinken. Für mich ist ganz klar, dass die Armee ein Wirtschaftsfaktor ist, welchen wir weiterhin in Worb wollen. Im Weiteren werden diese auch noch in den nächsten Jahren in Worb bleiben. Ja, wir haben keine schriftlichen Verträge, weil dies die Armee nicht macht. Ich erwähne aber den Mobilmachungsstandort der Sanität, welcher in Ittigen ist. Diese Personen arbeiten bei der Armeeapotheke. Das sind keine Personen, die an der Grenze eingesetzt werden. Es wird diskutiert, ob dieser Mobilmachungsstandort nach Worb zieht. Diese Leute brauchen auch nur wenige Fahrzeuge, sie kommen zum Teil mit dem öffentlichen Verkehr. So viel zur Armee. Dann wurde noch gesagt, dass der Bauherr die notwendigen Parkplätze bauen soll. Das stimmt. Der Wislepark hat seine Parkplätze und der Dreiklang baut seine

Parkplätze für die Wohnungen. Unsere Aufgabe ist es, dem Wislepark Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Das ist dann wieder eine Stärke des ganzen Parks.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 21 zu 16 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Für den Neubau Multifunktionsplatz Stärnematt wird ein Verpflichtungskredit von CHF 282'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 330.5030.01 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Regionales Kompetenzzentrum; Austritt aus dem Gemeindeverband: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	5	2013/17-261	754	54/30/0

Detailberatung

Cetin Mayk, GPK: Ich werde als GPK-Sprecher hier inhaltlich das Geschäft nicht ausführen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat das Geschäft noch vortragen bzw. noch begründen wird. Als GPK-Sprecher beschränke ich mich deshalb auf die für die GPK relevanten Prüfpunkte. Die GPK hatte vor ihrer Sitzung ihre Fragen der Leiterin der Polizeiabteilung, Nicole Geser, zugestellt. Die Fragen, wie zum Beispiel zu den finanziellen Kosten, welche während den zwei Jahren der Kündigungsfrist anfallen, wurden von Frau Geser ausführlich und zufriedenstellend beantwortet. Ausserdem wurde während der Sitzung der GPK das Geschäft nochmals von Thomas Leiser, Nicole Geser und Fritz Jenzer im Detail vorgestellt und die letzten Fragen beantwortet. Dies wurde von der GPK sehr begrüsst. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an die drei Personen. Kurz zum Geschäft: Das vorgeschlagene Vorgehen erscheint sinnvoll und nachvollziehbar. Die Zuständigen haben sich ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt und fundierte Abklärungen vorgenommen. Die finanziellen Auswirkungen sind klar dargestellt und nachvollziehbar. Die Botschaft informiert ausführlich und gut über das Geschäft. Die GPK beantragt dem GGR unter dem Vorbehalt, dass die zuständigen Organe der angeschlossenen Gemeinden der Zivilschutzorganisation Worb-Bigenthal einstimmig einem Austritt aus dem Gemeindeverband RKZ BBM Köniz zustimmen, aus dem Gemeindeverband RKZ BBM Köniz auszutreten.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Ein herzliches Willkommen auch an die Vertreter unserer Anschlussgemeinden. Unserer Zivilschutzorganisation Worb-Bigenthal sind auch die Gemeinden Arni, Biglen, Landiswil, Schlosswil, Vechigen und Walkringen angeschlossen. Die Ausbildung von den Zivilschützern wird nicht von jeder Zivilschutzorganisation

einzelnen vorgenommen, sondern wird in Kompetenzzentren angeboten. Im Kanton gibt es von denen fünf. Im Jahr 2014 hat der fusionierte Gemeindeverband Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland, sprich RKZ BBM Köniz, seinen Betrieb aufgenommen. Das Kompetenzzentrum ist auch aus den zwei fusionierten Gemeindeverbänden RKZ Ostermundigen, wo wir vorher waren, und dem RKZ Köniz entstanden. Nach der Fusion sind einige Kommandanten zur Ansicht gelangt, dass bei der Ausbildung Handlungsbedarf besteht und ein verbesserter Bezug zur Praxis vorhanden sein sollte. Bei der Fusion sind verschiedene Fusionsziele festgelegt worden und die anstehenden Fusionskosten in einem Projektbericht festgehalten. Diese Festlegung und Erreichung dieser Fusionsziele sind von uns im vergangenen Jahr kritisch hinterfragt worden. Dabei haben sich viele Unklarheiten ergeben. Ein Ziel ist zum Beispiel, das RKZ BBM führt zu nachhaltigen Kostensenkungen. Das heisst, zu einem kleineren Nettodefizit und damit zu tieferen Kosten pro Einwohner. Die damalige Standortwahl ist auf Köniz gefallen, weil im Vergleich zu Ostermundigen die anstehenden Investitionskosten in Köniz tiefer gewesen waren. In diesem Zusammenhang führt diese Standortwahl wohl zu weniger Kosten. Der Vergleich mit dem anderen Zentrum in Spiez sieht jedoch ganz anders aus. Dazu gibt es eine grosse Ungleichbehandlung bei den Nutzern vom RKZ BBM Köniz. Neben den Zivilschutzorganisationen bzw. den angeschlossenen Gemeinden gibt es Nutzer, die die gleiche Dienstleistung, also die Ausbildung von ihren Zivilschutzangehörigen zu einem Bruchteil von den Kosten gegenüber den Mitgliedsgemeinden beziehen können. Diese Sonderlösung widerspricht der Idee von einem Gemeindeverband. Das Ziel dieser Organisationsform ist die Solidarität und die Gleichbehandlung unter den Gemeinden. Dazu haben wir einen Vergleich gemacht (Folienauflage. Die Protokollführerin). In einem Kostenvergleich haben wir die Rechnung 2014 und das Budget 2016 verglichen. Die Betriebsbeiträge betragen in Köniz CHF 3.65 pro Einwohner und in Spiez CHF 2.51 pro Einwohner. Somit ist Köniz 45,7% teurer. Rechnet man diese Gemeinden, welche eine Sonderlösung haben, dazu, wären diese Betriebsbeiträge ohne die Investitionsbeiträge mit CHF 2.54 zu CHF 2.51 praktisch gleich gewesen. Für das Budget 2016 sind in Köniz Betriebsbeiträge von CHF 2.49 pro Einwohner vorgesehen. Dazu kommen die Investitionsbeiträge von CHF 1.50 pro Einwohner. Dies ergibt ein Total von CHF 3.99 pro Einwohner. Dem gegenüber steht Spiez mit CHF 2.60 pro Einwohner. Somit ist Köniz 53,5% teurer als Spiez. Würde man die Gemeinden dazu nehmen, welche heute eine Sonderlösung haben, so wäre Köniz noch immer teurer als Spiez. Neben den Betriebs- und Investitionsbeiträgen kostet ein Ausbildungstag zusätzlich CHF 120.-. Im Antrag ist uns ein Verschreiber unterlaufen. Das Kursgeld in Köniz beträgt CHF 120.- und in Spiez sind es CHF 110.-. Was bedeutet dieses Ziel, nachhaltige Kostensenkung? Eine nachhaltige Kostensenkung bedingt eine gute, übersichtliche und fundierte Zukunftsplanung, welche sich auch in einer Finanzplanung wiederfindet. Der im Rahmen der Fusionsabklärungen errechnete Investitionsbedarf beläuft sich auf 1,72 Mio. Franken. Heute liegen wir aber bereits bei einem anstehenden Investitionsbedarf von 1,97 Mio. Franken. Im Rahmen dieser Abklärungen sind wir zur Ansicht gelangt, dass es nicht nachvollziehbar ist, ob diese Fusionsziele erreicht werden können. Insbesondere fehlt uns eine fundierte Finanzplanung, welche aufzeigt, wie sich die Finanzlage nach Abschluss der Finanzierungsprojekte entwickeln wird. Und ob das Zentrum konkurrenzfähig sein wird. Vom RKZ Spiez haben wir viele Unterlagen erhalten. Darlegungen von der finanziellen Situation der vergangenen Jahre und ein Ausblick über die zukünftig anstehenden Investitionskosten. Zum Abschluss haben die Gemeinden von der ZSO Worb-Bigenthal das Zentrum besichtigen können. Dabei haben wir vom Zentrum und von der Zentrumsleitung einen sehr guten Eindruck erhalten. Das RKZ Spiez verfügt über stabile finanzielle Verhältnisse. Das Zentrum ist in einem guten Zustand, da sie jährlich immer wieder CHF 50'000.- investieren. Deshalb ist dieses Zentrum auch in einem guten Zustand. Belegungen sind breit abgestützt. Es werden Zivilschützer von anderen Kantonen ausgebildet, ebenso die kantonalen Formationen für verschiedenen Feuerwehren nützen die sehr gute Infrastruktur mit den Brandcontainern. Die Gebäudeversicherung Bern (GVB) macht dort

Kurse. Die Armee, die Kantonspolizei, die Grenzwache sowie viele weitere Player im Bevölkerungsschutz nutzen dieses Zentrum. Diesbezüglich ist das Zentrum innovativ und hat sich eine gute Position erarbeiten können. Zusammen mit unseren Nachbargemeinden Arni, Biglen, Landiswil, Schlosswil, Vechigen und Walkringen haben wir die ZSO Worb-Bigenthal. Deshalb erfolgt der Wechsel nur gemeinsam. In den letzten Monaten haben unter den Gemeinderäten der angeschlossenen Gemeinden diverse Sitzungen stattgefunden. Der Gemeinderat Worb wurde im vergangenen Jahr mehrmals von mir über den jeweiligen Geschäftsstand informiert. Die zuständigen Gemeinderäte der angeschlossenen Gemeinden sind zur Ansicht gelangt, dass ein Wechsel zu Spiez die beste Lösung ist, und haben den Beschluss gefasst, den Austritt aus dem RKZ BBM Köniz zu beantragen und einen Wechsel nach Spiez vorzunehmen. Diese Behandlung von diesem Geschäft hat mit den Gemeinderäten von den angeschlossenen Gemeinden stattgefunden und ist somit auch mehrmals und umfassend politisch behandelt worden. Aufgrund von dem, auch gerade wegen diesem gefällten Beschluss, ist dieses Geschäft auch in Worb direkt durch den Gemeinderat zuhanden von euch, dem Grossen Gemeinderat, behandelt worden. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre. In diesem Zeitrahmen müssen wir weiterhin den Anteil von Betriebsbeiträgen sowie den beschlossenen Investitionskosten bezahlen. Die Investitionskosten betragen pro Jahr CHF 1.50 pro Einwohner. Dazu kommt der Betriebsbeitrag pro Einwohner, welcher jeweils im Budget festgesetzt werden. Für das Jahr 2016 sind das CHF 2.49 pro Einwohner. Die Gemeinden von Worb, von der ZSO Worb-Bigenthal und auch andere Gemeinden sind mit Fragen und Bedenken an den Vorstand vom RKZ BBM Köniz gelangt. Auf unsere Anliegen wurde nicht eingegangen. Ich möchte zu diesem Geschäft ein Fazit ziehen. Die Kosten für diese Verbandsgemeinden sind im Vergleich zu Spiez zu hoch. In Anbetracht der Anzahl Ausbildungszentren im Kanton Bern und den abnehmenden Rekrutierungen wird es schwierig, das RKZ BBM Köniz jemals konkurrenzfähig zu Spiez sein können. Ebenso ist es schwierig, neben den guten Infrastrukturen von Spiez, Wangen an der Aare, Büren an der Aare oder auch im neuen Ausbildungszentrum der Feuerwehr und der Polizei in Riedbach zusätzliche Player im Bevölkerungsschutz nach Köniz holen zu können. Das RKZ Spiez ist ein engagiertes Zentrum, das auch alle notwendigen Ausbildungen anbietet. Die Sonderlösung für einzelne Nutzer vom Zentrum in Köniz stösst auf grosses Unverständnis. Das RKZ Spiez kann die Gemeinden von ZSO Worb-Bigenthal aufnehmen und unsere Zivilschutzangehörigen ausbilden. Der Vorstand von Spiez steht einer Aufnahme von den Gemeinden der ZSO Worb-Bigenthal positiv gegenüber. Unser Aufnahmegesuch für den 1. Januar 2019 wird an der Abgeordnetenversammlung anfangs Mai behandelt. In der letzten GGR-Sitzung haben wir ein Votum gehört, bei welchem gesagt wurde, dass Sparen immer ein Verzicht oder Einschränkungen in irgendetwas bedeutet. Dieses vorliegende Geschäft kann man in diesem Zusammenhang als ein Gewinngeschäft bezeichnen. Wir sparen, erhalten dazu gute und praxistaugliche Ausbildungen für unsere Zivilschutzangehörigen und eine verlässliche und stabile Finanzsituation, gute Zukunftsaussichten und somit stabile Mitgliedsbeiträge für unsere Gemeinden. Ich bitte euch, diesem Antrag von dem Gemeinderat Folge zu leisten.

Suter Michael, FDP: Ich darf nochmals etwas sagen, diesmal etwas weniger emotional. Die FDP, das kann ich gleich vorausnehmen, unterstützt diesen Wechsel von der Ausbildungsorganisation wie vom Gemeinderat vorgeschlagen. Mit diesem Wechsel kann Geld gespart werden, was eigentlich bei einer Sparübung unüblich ist, ohne Leistungsabbau. Wie könnte man da dagegen sein? Ich habe trotzdem drei Punkte, welche Fragen aufwerfen. Diese möchte ich hier deponieren. Der erste Punkt. Der Gemeindeverband, das habe ich noch recherchiert, hat immerhin so viel Transparenz, dass er sogar eine Website hat. Auf dieser Website kann man immerhin noch Protokolle von den Versammlungen nachlesen. Diese Protokolle sind mehr oder weniger haarsträubend. Selbst durch die neutral formulierte Protokollsprache werden mehrmals Vertreter der Gemeinde Worb zitiert,

welche probierten, Einfluss zu nehmen. Sie haben versucht an Informationen zu kommen und versucht, dass die Ausbildungen teilweise verbessert werden. Da ist man aber nicht durchgedrungen. Da frage ich mich, wieso man nicht schon viel früher reagiert hatte. Ich weiss, es ist eine ZSO, an welcher mehrere Gemeinden beteiligt sind, deshalb muss man sich auch immer zusammen koordinieren. Aber nichtsdestotrotz, diese uns präsentierten Missstände sind gravierend und da hätte man wirklich reagieren müssen. Man stelle sich nur das Geschrei vor, wenn so etwas in der Privatwirtschaft an das Tageslicht gekommen wäre. Punkt zwei: Das sage ich auch noch als Mitglied der Sicherheitskommission. Dies ist eine ausserparlamentarische Kommission, welche sich eigentlich mit genau solchen Fragen auch beschäftigen sollte. Da muss ich einfach sagen, dass dieses Geschäft bei uns nie durchgegangen ist. Und dies finde ich fast ein wenig ein Misstrauensvotum gegenüber den Mitgliedern der Sicherheitskommission, dass wir dies bei uns nie besprochen haben. Wir haben von all dem nichts gewusst. Da bitte ich doch sehr, das nächste Mal auch die Sicherheitskommission proaktiver einzubinden. Ansonsten können wir die Übung mit der Sicherheitskommission nämlich ganz sein lassen und diese Kommission schliessen. Punkt drei: Ich komme wieder zurück auf das Geschäft. Angesichts der gravierenden Missstände, das hat offenbar die GPK auch abgeklärt, muss man es sich schon noch überlegen. Es gibt eine relativ lange Mithaftung, selbst wenn man bereits gekündigt hat. Einfach dass das hier allen bewusst ist. Man haftet auch noch für gewisse Handlungen, welche der Gemeindeverband vornimmt, auch nachdem man schon gekündigt hat, respektive ausgetreten ist. Das sieht das Gemeindegesetz vom Kanton so vor. Angesichts dieser Missstände und auch vom Austritt einer ZSO kann es durchaus sein, dass ein solcher Haftungsfall plötzlich eintritt. Einfach, dass niemand überrascht ist, wenn in Spiez bereits bezahlt werden muss und plötzlich in Köniz noch nachbezahlt werden muss. Noch ein letzter Punkt, der mir auch wichtig ist, da rede ich vor allem an die Tribüne: Was ganz absurd wäre und in jedem Fall zu verhindern ist, dass wenn Worb austretet und zu Spiez geht und dann plötzlich eine von den anderen Gemeinden findet, sie bleibe noch bei Köniz. Dann hat es ja zur Folge, dass ein Zivilschützer, welcher zum Beispiel von Landiswil mit einem Worber zusammen einrückt, dass der Worber nach Spiez muss und der Landiswiler nach Köniz. So stelle ich es mir etwas vor. Solche absurde Situationen wären zu verhindern. Deshalb hoffe ich doch sehr, dass dies mit den anderen Gemeinden gut abgesprochen ist. Nicht dass wir dann eine Teilung haben, welche gar nicht im Sinne der Sache wäre. Die FDP wird diesem Geschäft zustimmen.

Jorio Marco, GLP: Die GLP unterstützt diese Vorlage grundsätzlich. Es fehlt ihr aber eine wichtige Information. Es wurde vorher schon aufgegriffen. Wir haben eine Kündigungsfrist von zwei Jahren, bis am 31. Dezember 2018 bleibt man bei Köniz. In dieser Zeit bezahlt man auch die üblichen Kosten, dies ist klar. Dann kommt aber der Pferdefuss. Und zwar haftet die Gemeinde für weitere zwei Jahre, das heisst bis 31. Dezember 2020 für bestehende Schulden von Köniz. Über diese möglichen Risiken hörte man nichts. Wie viele Schulden hat denn Köniz? Mit wie viel muss man allenfalls rechnen? Ist dies ausgeschlossen, dass nicht das passiert, was wir vom Vorredner gehört haben? Dass man plötzlich zwar in Spiez ist, aber noch nachbezahlen muss. Dann noch etwas Generelles: Wir in der GLP haben den Kopf geschüttelt über diese Organisation des Zivilschutzes. Nach zwei Jahren wechselt man schon wieder. Wir hören von unterschiedlichen Beiträgen von den Gemeinden, wir hören von der schlechten Ausbildung in Köniz. Da fragen wir uns schon, wo diese Aufsicht ist. Die ist natürlich nicht bei der Gemeinde. Wo ist der Kanton? Der hat ein Amt für Zivilschutz. Wo ist eigentlich der Bund, dass solche Missstände einreissen können? Der ganze Umzug nach zwei Jahren und die Situation des immerhin öffentlichen Ausbildungszentrums hat uns nicht sehr überzeugt. Aber die GLP wird nach Beantwortung der Fragen dem Wechsel zustimmen.

Stöckli Rolf, EVP: Wir von der EVP stimmen dem Austritt der Gemeinde Worb aus dem RKZ Köniz einstimmig zu. Folgende Überlegungen haben uns dazu gebracht: Uns fehlt im RKZ Köniz eine saubere Investitionsplanung und betriebswirtschaftliches Denken. Uns stört die Ungleichbehandlung, wie wir es schon gehört haben, gegenüber der ZSO Bern, bei welcher die Gemeinden Münchenbuchsee und Zollikofen tiefere Pauschalen haben, obschon sie eigentlich die gleichen Leistungen wie wir beziehen. Die Topleistungen im RKZ Spiez und die ganze Infrastruktur ist auf dem neusten Stand, überkantonale Kursteilnehmer zeugen davon. Für Worb bringt der Austritt aus der RKZ Köniz und der Eintritt bei dem RKZ Spiez immerhin ein jährliches Einsparen von CHF 30'000.- bei wesentlich besseren Leistungen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Nach einem etwas genaueren Hinschauen und Nachfragen sind auch bei uns Fragen aufgetaucht. Wir sind zahlen- sowie strategiemässig etwas verwirrt gewesen, weil sich die Aussagen in den Unterlagen und Darstellung vom Leiter vom Kompetenzzentrum zum Teil massiv widersprechen. Bei uns ist die Frage aufgetaucht, wie auch bei andern, warum taucht jetzt diese Unzufriedenheit auf? Beim Fusionsentscheid im Jahr 2013 war Worb auch im Vorstand vertreten gewesen. Es war damals ein einstimmiger Beschluss gewesen und zudem war der Kommandant von Worb-Bigenthal in der Qualitätsentwicklungskonzeptgruppe dabei gewesen. Jetzt heisst es, die Qualität von der Ausbildung ist nicht so gut. Die in den Unterlagen präsentierten Zahlen vom Jahr 2016 sind unserer Meinung nach völlig irrelevant. Weil die ZSO Worb-Bigenthal frühestens in zwei Jahren aus dem Verband austreten kann, wäre es zwingend, die finanzielle Entwicklung ab dem Jahr 2019 resp. für die nächsten fünf Jahre zu präsentieren. Ebenfalls etwas verwirrend ist das angegebene Sparpotenzial von CHF 30'525.-, welches auf 21'961 Einwohner gerechnet ist. Also gerechnet auf Worb sollte man sich nicht wirklich wahnsinnig blenden lassen, es wären noch CHF 15'000.- im Jahr. Für uns hat sich schon die Frage gestellt, ob es sich noch rentiert, noch zu Spiez wechseln zu wollen. Zumal im Jahr 2018 die ZSO Worb-Bigenthal bereits die Hälfte an die Sanierungen des Kompetenzzentrums Köniz mitbezahlt hat. Wer garantiert uns, dass wir nach einem Wechsel zu Spiez nicht wieder von vorne beginnen und dort auch wieder helfen, die Sanierung helfen zu bezahlen und somit wieder gleich weit wären? Für uns hat es noch sehr viele Fragen und wir werden diesem Entscheid wahrscheinlich mit gemischten Gefühlen zustimmen.

Zbinden Rudolf, SVP: Die SVP stimmt diesem Austritt auch zu. Der wichtigste Punkt für uns ist die Ausbildung. Es kann nicht sein, dass bei der Ausbildung etwas fehlt. Wenn man als Kader vor den jungen Männern steht und die Ausbildung zu schwach ist, wie motiviert man diese? Die Einsparungen, das wurde oftmals gesagt, ist ein wichtiger Punkt und ich glaube, die Infrastruktur von Köniz ist immer noch alt, obwohl wir dort schon investiert haben. In Spiez ist relativ alles in einem sehr guten Zustand und für die Ausbildung gehen wir schon jetzt hauptsächlich nach Spiez.

Cetin Mayk, GPK: Ich will nur auf Folgendes hinweisen: Wir haben von den Grossfraktionen, welche jetzt Fragen gestellt haben, Leute in der GPK. Und alles wurde von dieser Sitzung protokolliert. Ich gehe davon aus, dass dies in der Fraktion auch besprochen wird. Die heute gestellten Fragen sind zu 90% auch während der GPK-Sitzung gestellt worden. Ich bitte euch, dies zu beachten.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Ich versuche, die Fragen dort, wo ich kann etwas zu beantworten. Im Artikel 76 Absatz 2 des Organisationsreglements des RKZ Köniz heisst es: „...haften austretende Verbandsgemeinden während zwei Jahren am Austritt anteilmässig für die zur Zeit des Austritts bestehenden Schulden.“ Für diese Verbandsschulden haftet das Verbandsvermögen. Jedoch haften austretende Verbandsgemeinden während zwei Jahren ab Austritt für die zurzeit vom Austritt bestehenden Schulden. Das wäre für Worb somit bis am 31. De-

zember 2020 der Fall. Die Investitionen werden durch die Häufung von den Spezialfinanzierungen getätigt. Für die Überbrückung der Zwischenzeit, indem die Häufung der Spezialfinanzierung noch nicht ausreicht, werden Darlehen und Hypotheken aufgenommen. Denen gegenüber stehen die Liegenschaften, welche Verbandsvermögen sind. In einem Verhältnis der Schulden zum Verkehrswert von eins zu drei ist es fast unwahrscheinlich oder ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Haftungsfall eintreten könnte, praktisch ausgeschlossen, beziehungsweise als sehr unwahrscheinlich bezeichnet werden kann. Die Ausbildung ist Sache von den Gemeinden. Es war noch die Frage, warum jetzt. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Von den Rückmeldungen der Kommandanten haben wir gemerkt, dass da Sachen nicht korrekt laufen. Ich kann einfach sagen, dass es von uns her kein Kurzschlussentscheid ist. Der Prozess haben wir bereits vor 1,5 Jahren begonnen. Aber wir haben auch unsere Anschlussgemeinden überzeugen müssen. Dies brauchte Überzeugungskraft, bis wir uns einig gewesen waren, dass wir wirklich zusammen austreten. Also wir treten nicht aus und Walkringen oder Vechigen werden nicht austreten. Dies wird nicht der Fall sein. Entweder gehen wir alle oder niemand. Für uns gibt es in Köniz einfach zu viele offene Fragen. Wohin geht diese Reise? Was ich auch noch zur Gleichbehandlung in Köniz sagen möchte: Etwa 40% haben bessere Konditionen. Das sind eben diese Sonderlösungen. Dort sind sogar noch Kurskosten und Investitionskosten, also in diesen 78 Rappen, enthalten. Deshalb können wir dies nicht tolerieren. Zu dem Beitrag, den wir bezahlen, CHF 3.99, müssen wir natürlich diese Kurskosten noch bezahlen. In diesem Vergleich könnte man sagen, wären diese CHF 3.99 noch höher. Ich kann auch sagen, dass wir nicht die einzigen sind, andere ZSO überlegen es sich auch. Noch einmal: Ein Wechsel zu Spiez kann nur günstiger werden. Zu der Sicherheitskommission. Es ist sicher kein Misstrauensvotum, aber in dem, dass wir dies mit den Gemeinderäten schon zusammen diskutiert haben, haben wir gefunden, können wir direkt in den Grossen Gemeinderat gehen. Was auch noch ist, wir haben letztes Jahr in Köniz 48 Kaderkurse gemacht und 20 Kaderkurse bereits schon in Spiez. Deshalb bitte ich euch, diesem Antrag zuzustimmen, damit auch unsere anderen Gemeinden wissen, woran sie sind, damit sie auch mit ihren Vorlagen in die Gemeindeversammlungen gehen können.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 33 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist die Anwendung von Art. 48 Bst. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Unter dem Vorbehalt, dass die zuständigen Organe der angeschlossenen Gemeinden der Zivilschutzorganisation Worb-Bigenthal einstimmig einem Austritt aus dem Gemeindeverband RKZ BBM Köniz zustimmen, wird aus dem Gemeindeverband RKZ BBM Köniz ausgetreten.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Postulat der SP-Fraktion betreffend Allgemeine Schulwegsicherheit in der Gemeinde

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	6	2013/17-262	1322	56/13/0

Gränicher Marius, SP: Wir haben im letzten Jahr ganz viel über Schulwegsicherheit geredet. Es ging aber praktisch immer „nur“ über den Schulweg von Rüfenacht nach Worb. Natürlich stand dieser Schulweg im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Oberstufe in Worb im Fokus. Gleich sind in diesen emotionalen Voten und Diskussionen um den Stöckli-Ecken, um das Abtragen von Erdhügeln, und ob jetzt die Kantonsstrasse tauglich ist oder nicht, nach der Meinung der SP-Fraktion ab und zu die Relationen etwas abhandengekommen. Es gibt eine Vielzahl von anderen Schulwegen für unsere Schülerinnen und Schüler, welche unter Umständen wesentlich ein grösseres Gefahrenpotenzial beinhalten, als der Weg von Rüfenacht nach Worbboden, ob dieser nun über die Kantonsstrasse oder den Stalden hinunter geht. Ich denke, es ist unbestritten, dass die Sicherheit aller unserer Schulkinder auf ihrem Weg in die Schule ein zentrales Ziel vom Sicherheitsdepartement, ja sogar von uns allen, sein muss. Alle Kinder, die von den Aussenorten genauso wie diese von Rüfenacht oder Worb, haben Anrecht auf einen sicheren Schulweg. Die SP-Fraktion möchte deshalb mittels Postulat vom Gemeinderat abklären lassen, ob erstens die Schulwege in der Gemeinde in den letzten zehn Jahren systematisch auf die Sicherheit geprüft wurden und falls dies der Fall ist, welche Ergebnisse dieser Prüfung vorliegen. Zweitens möchten wir wissen, als wie sicher der Gemeinderat die Schulwegsicherheit in der Gemeinde ganz generell beurteilt. Drittens, ob es einzelne Abschnitte oder Stellen gibt, welche der Gemeinderat als besonders heikel betrachtet und man diese Sicherheitsmängel vielleicht mit speziellen Massnahmen, das ist der Punkt vier, beheben muss. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die aktuelle Sensibilität gegenüber dem Thema Schulwegsicherheit gerechtfertigt ist und wahrscheinlich eine regelmässige Überprüfung der Schulwegsicherheit auch Vertrauen in der Bevölkerung schaffen würde. Wir bitten euch deshalb, dieses Postulat als erheblich zu erklären und zu überweisen.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Dieses Postulat kommt für mich fast wie eine Interpellation oder einfache Anfrage entgegen. Deshalb möchte ich gerade auf die gestellten Fragen eingehen. Die erste Frage ist „Wurden die Schulwege in der Gemeinde Worb in den letzten zehn Jahren einmal systematisch auf ihre Sicherheit überprüft?“ Der Gemeinderat hat am 4. September 2006 beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll, welche die Frage der Schulwegsicherheit und der Schülertransporte im Falle von Klassenschliessungen in den Aussenorten abklärt. Dazu sind Schulwege von den Aussenorten in den jeweiligen Schulhäusern in Worb und unter Beizug der bfu und kantonalen Fachstellen in einer Gesamtbeurteilung überprüft worden. Im Verlauf von den letzten zehn Jahren sind die Schulwege überprüft und Massnahmen umgesetzt worden. Zum Beispiel der Schulweg von Vielbringen Richtung Rüfenacht. Weiter sind Massnahmen zum Schulweg von Vielbringen Dorf zum Schulhaus ergriffen worden. Dann fand eine Erhebung Schulweg auf Kantonsstrassen durch die kantonale Behörde statt. Ebenso hat eine Überprüfung aller Zebrastreifen auf den Kantonsstrassen und der Ergebniseinbezug in die Projekte der inneren Verkehrssanierung stattgefunden. Im Zusammenhang mit der Beleuchtung, Überprüfung von allen Fussgängerstreifen auf den Gemeindestrassen in Rüfenacht: Diese Massnahmen werden in diesem Jahr umgesetzt. Die restlichen Dörfer werden ebenfalls etappenweise überprüft, im Zusammenhang mit einem Wechsel auf LED. Weiter sind für die Neugestaltung von den Einmündungsbereichen Bahnhofstrasse-Hauptstrasse mit Fussgängerschutzinseln Massnahmen ergriffen worden. Die Neugestaltung von den Einmündungsbereichen Wyden-Bahnhofstrasse mit Fussgän-

gerschutzinseln, inklusive Fussgängerschutzinseln auf der Richigenstrasse. Die Verbesserung der Beleuchtung der Fussgängerübergänge im Dorfzentrum auf den Kantonsstrassen. Weiter sind Massnahmen beim Kindergarten Hänsel und Gretel in Rüfenacht mit Signalisation und Markierungen vorgenommen worden. Auch die Überprüfung vom Fussgängerstreifen Langenloh in Rüfenacht. Bei jeder Sanierung oder Neubau wird die Schulwegsicherheit thematisiert und fliesst auch in die jeweiligen Projekte ein. Die nächste Frage lautet „Wie sicher sind die Schulwege generell in der Gemeinde Worb?“ Die Zumutbarkeit eines Schulweges ist von verschiedenen Kriterien abhängig. Zum einen das Alter der Schülerinnen und der Schüler, weiter die Länge des Schulweges. Ein weiterer Punkt ist die Art vom Schulweg und der Ausbaustandard vom Strassenzug. Ein weiterer Punkt ist auch das Verkehrsaufkommen und die Gefahrensituation. Als Beispiel dienen die Kantonsstrassen im Zentrum von Worb. Obwohl auf diesen Strassenzügen noch ein hohes Verkehrsaufkommen herrscht und damit beim Überqueren der Strassen eine erhöhte Gefährdungssituation besteht, sind in den vergangenen Jahren die entsprechenden Fussgängerüberquerungen mit Fussgängerschutzinseln ausgebaut und die Beleuchtung optimiert worden. Trotz der Gefährdungssituation durch das hohe Verkehrsaufkommen ist es den Schülerinnen und Schülern möglich, sicher in das jeweilige Schulhaus zu gelangen. Die Gemeinde Worb verfügt über zumutbare Schulwege auf dem Gemeindegebiet. Eine weitere Frage „Sind einzelne Stellen speziell gefährlich?“ Im Rahmen der inneren Verkehrssanierung werden alle Kantonsstrassen im Zentrum von Worb saniert. Dabei soll eine Verbesserung für die Fussgängerinnen und die Fussgänger, sowie für jene, die Velo fahren erlangt werden. Die Situation für die Velo fahrenden Schulkinder ist zum Beispiel auf der Enggisteinstrasse, zum Beispiel im Bereich von der Kurve und der Kreuzung beim Gasthof Löwen heute sehr anspruchsvoll. Unbefriedigend ist ebenfalls die Situation der Rubigenstrasse, ab dem Kreisel bis Worb SBB. Noch die letzte Frage „Sind Massnahmen möglich, um allfällige Sicherheitsmängel zu beheben?“ Durch die Polizeiabteilung, in enger Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt (TBA), der Kantonspolizei und den zuständigen Ingenieuren wird die Thematik vom Schulweg in die jeweiligen Projekte einfließen. Mit der Verkehrssanierung läuft in den nächsten fünf Jahren viel in diesen Hauptverkehrsachsen im Zentrum von Worb. Die Sanierungen bringen auch eine Verbesserung für die Personen, welche zu Fuss unterwegs sind, aber auch für die Velofahrenden und damit auch für den Schulweg. Zum Beispiel an der Bollstrasse werden die Fussgängerstreifen mit Schutzinseln ausgestattet und an der Enggisteinstrasse entsteht ein Velostreifen bergwärts. Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat die Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung dieses Vorstosses.

Beschluss zur Erheblicherklärung des Vorstosses:

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Allgemeine Schulwegsicherheit in der Gemeinde wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

Beschluss zur Abschreibung des Vorstosses:

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Allgemeine Schulwegsicherheit in der Gemeinde wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

Postulat der FDP-Fraktion betreffend Weg frei für ein starkes Worber Zentrum

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	7	2013/17-263	1409	56/2

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, raschmöglichst ein Konzept mit Massnahmen für die Verbesserung der Auffindbarkeit und der Parkier- und Zufahrtsmöglichkeiten im Zentrum von Worb zu erstellen. Geprüft werden soll insbesondere eine neue Zufahrt für das Bären-Parking, zum Beispiel über die geplante Überbauung auf dem „Liechti-Areal“ oder bei den anderen geplanten Erweiterungen im Zentrumsbereich. Die Erarbeitung dieses Konzepts soll unter Einbezugnahme des Gewerbes erfolgen.

Begründung:

Die FDP setzt sich entschieden für ein aktives, lebendiges und wirtschaftsfreudiges Worber Zentrum ein und will verhindern, dass Worb zur Schlafgemeinde wird. Die Folgen der neuen Verkehrsregelung mit der bald zu eröffnenden Umfahrung für das Gewerbe im Zentrum müssen mit wirkungsvollen Massnahmen gemildert werden. Gleichzeitig bieten die nun geplanten Überbauungsprojekte einmalige Möglichkeiten, die bestehende Verkehrs-Infrastruktur zu optimieren. Zu denken ist etwa an die Errichtung einer neuen Zufahrt zum Bären-Parking im Rahmen der geplanten Überbauung auf dem „Liechti-Areal“ oder bei den anderen geplanten Erweiterungen im Zentrumsbereich. Die Planung und Umsetzung solcher Chancen sind grundsätzlich Sache der privaten Grundeigentümer sowie der betroffenen Gewerbler. Die Aufgabe der Gemeinde ist es, die Interessen zu bündeln und eine zukunftsgerichtete Planung aktiv zu fördern. Es muss daher Sache der Gemeinde, namentlich des Gemeinderates und der Baubehörde sein, solche Gespräche unter Privaten zu fördern und diesen eine Plattform zur Erarbeitung zukunftsweisender Infrastrukturlösungen zu bieten. Damit können auch frühzeitig öffentlich-rechtliche Grundlagen für gute private Initiativen angepasst werden.“

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Regionales Angebotskonzept öffentlicher Verkehr 2018-2021

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 365	21.03.2016	8	2013/17-264	1410	31/40

„Dem Internetportal Bern-Ost, konnte man entnehmen, dass die Regionalkonferenz Bern Mittelland im Rahmen einer Angebotsüberprüfung beabsichtigt, das Angebot auf der Buslinie 794 (Worb Dorf – Vielbringen – Rüfenacht) zu kürzen oder die Linie ganz aufzuheben.

In diesem Zusammenhang wünschen wir uns vom Gemeinderat Antworten auf folgende Fragen:

1. Welche Möglichkeiten hat die Gemeinde, im Rahmen der Regionalkonferenz Einfluss auf eine entsprechende Entscheidung zu nehmen?
2. Was für finanzielle Auswirkungen haben die Entscheidungen der Regionalkonferenz auf die Gemeinde Worb in diesem Fall?
3. Was für eine Meinung vertritt der Gemeinderat bezüglich einer allfälligen Aufhebung der Linie 794.

4. Sollte die Buslinie 794 tatsächlich aufgehoben werden: Was für Alternativen sieht der Gemeinderat zur Aufrechterhaltung der Schülertransporte Vielbringen nach Rüfenacht und Worb (im Winter für Kinder der Mittel- und Oberstufe und ganzjährig für Grund- und Unterstufenkinder) und für die gut frequentierte Strecke von Rüfenacht Dorf in den Sperlisacker?“

Sitzungsende 21:45 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Martin Wälti
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 23. Mai 2016.

Thomas Wälti
Sekretär